

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Arbeitsräume für Berliner Künstler*innen retten – stabile Strukturen zu Erschließung, Herrichtung, Vergabe und Verwaltung schaffen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, am Konzept für eine funktionierende Organisationsstruktur zum Ausbau des Arbeitsraumprogramms weiterzuarbeiten, in der die Beteiligten ihre spezifische Expertise auf Augenhöhe einbringen. Über verbindliche schriftliche Verträge und Vereinbarungen sollen die Verantwortlichkeiten, Aufgaben, Rechte und Pflichten aller Beteiligten transparent und für alle nachvollziehbar festgelegt werden.

Die Kulturraum Berlin gGmbH trägt die operative Gesamtverantwortung für das Arbeitsraumprogramm und sorgt gemeinsam mit allen Beteiligten dafür, dass sich das an Künstler*innen und Künstlergruppen gerichtete Angebot an bezahlbaren, temporär und dauerhaft gesicherten und für professionelles künstlerisches Arbeiten geeigneten Ateliers, Übungs-, Probe- und sonstigen Arbeitsräumen signifikant erhöht.

Voraussetzung dafür ist eine adäquate Ausstattung der Kulturraum gGmbH mit personellen und finanziellen Ressourcen sowie eine entsprechende Mittelausstattung im EP 08 in den entsprechenden Haushaltstiteln für die Anmietung von Arbeitsräumen auf dem Markt und für den investiven Ausbau von Arbeitsräumen in landeseigenen Immobilien. Dabei ist die Erschließung landeseigener Flächen prioritär zu verfolgen. Die Anmietung von Flächen erfolgt unter den Kriterien der Wirtschaftlichkeit.

Die Verträge mit den Dienstleister*innen und die Vereinbarungen mit den Interessenvertreter*innen der Freien Kunstszene – hier: dem Atelierbüro und PROSA - sind so zu gestalten, dass die jeweiligen Expertisen und die daraus erwachsenden Verantwortlichkeiten, Aufgaben, Rechte und Pflichten im Gesamtprozess von der Raum-Akquise bis zur Raum-Vergabe und den operativen Konditionen des jeweiligen Raum-Managements transparent

aufeinander bezogen werden. Doppelstrukturen und unklare Zuständigkeiten sind zu vermeiden.

Um Probleme, Fehler und Missverständnisse im operativen Gesamtprozess adäquat zu adressieren, wird ein Arbeitsausschuss gebildet in dem zwingend alle per Vertrag oder Vereinbarung gebundenen Stakeholder (gGmbH, Dienstleister*innen, Kooperationspartner*innen) vertreten sind. Der Arbeitsausschuss kann – dauerhaft oder punktuell – auch durch weitere, legitimierte Vertreter*innen von Künstlerverbänden und Verantwortlichen aus den Bezirken ergänzt werden.

Aufgabe des Arbeitsausschusses ist es, für operative Probleme konsensuale Lösungen zu finden oder aber Entscheidungsverantwortlichkeiten im Interesse des gemeinsamen Ziels vorzuschlagen.

Die Arbeit des Arbeitsraumausschusses wird durch das Abgeordnetenhaus von Berlin eng begleitet und regelmäßig mit allen Beteiligten evaluiert.

Den zuständigen Fachausschüssen gibt die Kulturraum Berlin GmbH über die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt im Abstand von drei Monaten einen tabellarischen Überblick über Ateliers, Übungs-, Probe- und sonstige Arbeitsräume, die im Bestand und in Planung sind. Ebenso müssen Leerstände von Flächen und Räumen im Programmbestand dokumentiert werden.

Voraussetzung dafür ist eine funktionierende Digitale Landschaft, in die alle Stakeholder (Dienstleister*innen und Kooperationspartner*innen) notwendige Daten unter Beachtung des Datenschutzes einspeisen und der Kulturraum gGmbH so eine Zusammenführung und Auswertung „auf Knopfdruck“ ermöglichen.

Eine erste statistische Übersicht wird dem Abgeordnetenhaus zu den nächsten Haushaltsberatungen, spätestens aber zum 30. Oktober 2023 vorgelegt.

Darüber hinaus erarbeitet die Kulturraum Berlin gGmbH unter Einbindung der Wohnungsbaugesellschaften, der BIM, der GSE sowie der für Kultur, für Finanzen sowie für Stadtentwicklung zuständigen Senatsverwaltungen und unter Einbeziehung des Atelierbeauftragten und des PROSA-Büros Strategien dazu, wie mehr Räume erschlossen, hergerichtet und vergeben werden können.

Die Kulturraum gGmbH und Kulturverwaltung sind zudem aufgefordert i.R. dessen Fördermodelle für Raumvergabe an Genossenschaften und zur Zwischennutzung von Gewerbeflächen zu entwickeln.

Die Organisationsstruktur des Arbeitsraumprogramms und die in ihr agierenden Akteur*innen werden auf ihre Funktionalität, Effektivität, Wirtschaftlichkeit und Geschwindigkeit der operativen Prozesse und ihrer jeweiligen Ergebnisse evaluiert. Ein erster Bericht ist dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2024 vorzulegen.

Begründung

Die Berliner Künstler*innen aller Kunstsparten tragen maßgeblich zur kulturellen Vielfalt Berlins bei. Ihre Arbeit ist aber geprägt von Einkommensdruck und gestiegenen Flächenkonkurrenzen. Um die Arbeit der Künstler*innen spartengerecht zu sichern, müssten mindestens 10.000 zusätzliche Arbeitsräume zur künstlerischen Produktion und Präsentation in Berlin bereitgestellt werden.

Mit der landeseigenen Kulturraum gGmbH hat der Senat ein Instrument geschaffen, das es der öffentlichen Hand ermöglicht, schnell und effizient auf dem sehr dynamischen Berliner Immobilienmarkt zu agieren, um Räume für künstlerische Produktion im öffentlichen Interesse temporär und dauerhaft zu sichern.

Das Bündnis aus Kulturraum Berlin gGmbH, GSE, BIM, bbk-Kulturwerk GmbH und dem Bündnis Freie Szene Berlin e. V. (PROSA) ist eine Möglichkeit den Ansprüchen der verschiedenen Sparten in diesem neuen operativen Rahmen gerecht zu werden.

Obwohl die Zahl der akquirierten und vergebenen Arbeitsräume seit Bestehen der Kulturraum gGmbH deutlich gestiegen ist, hat sich das Bündnis trotz der zahlreichen Bemühungen aller beteiligter Stakeholder als wenig effizient, transparent und reibungsarm erwiesen.

Das verweist auf strukturelle Defizite. Diese sollen mit einer konzeptionell neuen Organisationsstruktur, in der Expertise, Rollen, Verantwortung, Aufgaben, Rechte und Pflichten vertraglich (bei Dienstleister*innen) und vereinbarungsgemäß (bei Kooperationspartner*innen) transparent und verantwortlich geregelt sind, behoben werden.

Nur so ist – bei der Bereitstellung entsprechender Mittel – eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsraumsituation für die Freie Berliner Kunstszene zu erreichen.

Berlin, den 11. Juli 2023

Helm Schatz M. Schmidt
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke